



Foto: dpa

Es ist ein dramatischer Appell: „Millionen von bedrängten Syrern werden heute hungrig und frierend zu Bett gehen. Von den USA verhängte einseitige Zwangsmaßnahmen verschlimmern die Wirtschaftsmisere der syrischen Bevölkerung. Wir bitten Sie eindringlich, Herr Präsident, durch die Umsetzung der Empfehlung der UN-Sonderberichterstatterin den Syrern zu helfen, jene humanitäre Krise zu beheben, die eine neue Welle der Instabilität im Mittleren Osten und darüber hinaus mit sich bringen kann.“ Es sind die Zeilen eines offenen Briefes, den 95 Vertreter von Hilfsorganisationen, Kirchen, Wissenschaft und Politik an Präsident Joe Biden am Tag seiner Amtseinführung gerichtet haben. Darunter sind bekannte christliche Hilfsorganisationen wie SOS Chrétien d'Orient, Solidarité Chrétien d'Orient und Christian Solidarity International (CSI) und Bischöfe aus dem Osten wie aus dem Westen.

„Die umfangreichen Wirtschaftssanktionen von USA und EU verhindern den Wiederaufbau Syriens, führen zu einer dramatischen Hungersnot und Verelendung der gesamten Bevölkerung“, sagt Pfarrer Peter Fuchs, der Direktor von CSI Deutschland. Auch er hat den Brief unterschrieben. Er spricht von einer „unerträglichen Ungerechtigkeit“ und davon, dass die Not in Syrien durch Wirtschaftssanktionen „unmutwillig“ eskaliert würde.

Bereits im Frühjahr 2011 hatten die USA und die EU Sanktionen verhängt, die im Zuge des damals beginnenden Bürgerkrieges gegen die Regierung von Baschar al-Assad erlassen und später verschärft wurden. Deren Wirkung auf Damaskus wurde immer wieder bezweifelt – so etwa 2016 von Anja Zorob vom Institut für Entwicklungsforschung der Universität Bochum, die stattdessen von „fatalen Folgen für die syrische Bevölkerung“ ausging. Geändert hat der Westen seine Politik dennoch nicht. Stattdessen kam es im Sommer 2020 zu einer Verschärfung – mitten in der Corona-Krise. Damals verabschiedeten die USA den „Caesar Act“, der sich gegen Personen und Firmen wenden sollte, die Geschäfte in Syrien machten. Damit wollte Washington die syrische Machtelite und ausländische Milizen wie die Hisbollah behindern. Für Geldgeber wurde Syrien

# Der Brotkorb ist leer

Zehn Jahre nach Beginn der Syrienkrise fühlt sich das Land vom Westen im Stich gelassen. Jetzt wächst im Schatten der internationalen Sanktionen das Unheil einer Hungersnot heran.

VON MARCO GALLANA

damit ein noch unattraktiverer Investitionsplatz. Damaskus geißelte die Maßnahmen als „Wirtschaftsterrorismus“.

„Die USA sanktionieren alles, was Syrien betrifft“, sagt Stefan Maier, Projektkoordinator der Initiative Christlicher Orient (ICO). „Sie haben es nicht geschafft, das syrische Regime durch ihre verdeckten Aktionen und die Militärhilfe für aufständische Gruppen zu stützen, was ein Millionendeckel war. Jetzt wollen sie Syrien auf jede Weise schaden.“ Dabei gebe es einen Unterschied zwischen den EU-Sanktionen und den „Totschlag-Sanktionen der Amerikaner, durch die fast die ganze humanitäre Hilfe unmöglich gemacht wird“. Im Gespräch schildert Maier die ICO-Hilfsprojekte für Menschen in zerstörten Wohnungen und provisorischen Quartieren, für vertriebene Kinder und Jugendliche sowie für traumatisierte Kriegsgespieler. In Syrien gebe es kein Heizöl, viel zu wenig Strom, einen Mangel an Medikamenten, Kleidung und Nahrung. Russland behindere überdies den Zugang zum UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR – weil dieses auch die Rebellen versorge.

Auch Corona stellt das Land vor eine besondere Herausforderung. Anders als im Libanon, wo die Corona-Lage bekanntermaßen katastrophal ist, würden die Corona-Zahlen in Syrien totgeschwiegen, sagen Experten. Covid-Tests gibt es hier kaum. In den Krankenhäusern mangelt es



Christen beten vor einer Madonnenkone in Trümmern. Das Bildnis wurde von Papst Franziskus gesegnet und pilgerte zur Verehrung durch 34 Diözesen in Syrien.

an Medikamenten und Beatmungsgeräten. Die internationalen Wirtschaftssanktionen machen es für Hilfsorganisationen schwer, für humanitäre Projekte Gelder nach Syrien zu bringen. Ein Netzwerk berichtet in einem Hintergrundgespräch, dass sich Banken weigern würden, Transaktionen vorzunehmen, weil die USA jeden Beteiligten unter Sanktionen stellten. Das mache den Banken Angst. Ähnliche Vorgänge berichtet Kirche in Not (ACN).

IBAN- wie SWIFT-Codes blockten Operationen, die mit Syrien oder syrischen Städten zu tun hätten. Sogar Überweisungen an die Syro-Malabarische Kirche in Indien würden teilweise geblockt, schlicht, weil sie das Wort „Syro“ enthält. Eine Bank in Deutschland habe ACN empfohlen, nicht zu häufig zu versuchen, nach Syrien zu überweisen, da man sonst auf einer Liste zu landen drohe. Der Geldtransfer nach Syrien werde damit de facto unmöglich gemacht.

Daneben hat ACN auf weitere Missstände aufmerksam gemacht, die eine effiziente humanitäre Versorgung behindern. Der Preis von Importgütern sei in ungeahnte Höhen geschossen, während der durchschnittliche Monatslohn von 150 auf 55 Dollar gefallen sei. Die Sanktionen hätten eine ganze Reihe von Regularien und bürokratischen Hürden installiert, die das Werk von ACN behinderten. Die Krise in Syrien reiße auch die Nachbarländer mit, besonders den Libanon, der unter der Aufnahme von 1,5 Millionen syrischen Flüchtlingen ächzt und für die es keine Rückkehrperspektiven gibt. Bedrohlich sei die grassierende Unterernährung von Säuglingen und Kleinkindern: der Wert einer Dose Milch liege derzeit bei 3000 syrischen Pfund. Bei einem durchschnittlichen Monatslohn von 30000 syrischen Pfund ist Milch zu einem Luxusprodukt geworden.

Missio Aachen verweist auf die „Unvereinbarkeit des Standpunkts des Assad-Regimes mit der Erwartungshaltung des Westens, dass das Land sich politisch öffne“. Die Sanktionen seien in der aktuellen Krise nur „indirekt“ verantwortlich, an erster Stelle sei das „Versagen der syrischen Politik in diesem Kontext zu nennen“. Dennoch hätten die Sanktionen „weitreichende Konsequenzen für die syrische Zivilgesellschaft und für die zunehmende Verschlechterung der allgemeinen humanitären Lage im Land“. Es sei mittlerweile sogar für „gutverdienende UNHCR-Kollegen“ schwierig geworden, in Syrien „an Brot zu kommen, von Medikamenten ganz zu schweigen“.

Einer, der es ganz genau weiß, wenn es um die Brotversorgung in Syrien geht, ist Pater Hanna Ghoneim. Seine Stiftung „Korbgemeinschaft – Hilfe für Syrien“ sammelt Hilfsgüter, vor allem Kleidung und Medikamente, und liefert sie containerweise nach Syrien. Die „Korbgemeinschaft“ hat auch eine Bäckerei in der Nähe von Damaskus errichtet, die 50000 Menschen täglich mit Brot versorgt. „Über 90 Prozent der syrischen Zivilbevölkerung lebt mittlerweile unter der Armutsgrenze. Über die Hälfte davon lebt nur mehr von Brotstücken“, sagt der melkitische Priester der „Tagespost“. „Wie können Menschen ohne Strom, der oft ganztätig ausfällt, leben? Wie können Menschen Wärme finden ohne Heizöl?“ Menschen suchten ihre Nahrung im Abfall. Der Alltag eines Syrers bestehe darin, nach Brot und Energie zu suchen. „Syrien ist an der Schwelle zu einer Hungersnot. Das Einzige, was die Menschen noch am Leben hält, ist das Brot, das der Staat sehr günstig anbietet.“

Das Ziel des Embargos sei gewesen, die Regierung zu stürzen und in eine bestimmte Richtung zu zwingen, um den Syrern Demokratie und mehr Freiheit zu verschaffen. „Aber was ist gekommen? Inflation, Abwanderung der qualifizierten Fachkräfte, Korruption, Kriminalität. Der Schwarzmarkt blüht, die Reichen sind mit ihrem Kapital ins Ausland geflüchtet, die Armen müssen zurückbleiben und versinken immer mehr im Sumpf der Armut“, führt der Pater aus. „Für mich sind – hier spreche ich aus meiner religiösen Überzeugung – die Sanktionen eine grobe Sünde gegen die syrische Bevölkerung.“